

## Pressemitteilung

### **„Fauler Kompromiss zulasten des Eigentums und der Versorgung“**

*Familienbetriebe Land und Forst und Arbeitsgemeinschaft für Agrarfragen kritisieren den Beschluss der Bundesregierung zum Umgang mit BVVG-Flächen*

Berlin. 17. November 2022. „In Zeiten wachsender Rohstoff- und Ernährungsunsicherheit ist es ein fatales Signal, dass die Bundesregierung produktive Acker- und Waldflächen an Naturschutzorganisation übertragen oder unter naturschutzfachlichen Kriterien verpachten will,“ erklärt Max v. Elverfeldt, Vorsitzender der Familienbetriebe Land und Forst. „Es ist zwar richtig und wichtig, dass viele Flächen weiter in der Nutzung bleiben. Allerdings passt der Vorrang des Naturschutzes und der Ökobetriebe nicht in diese Zeit. Diese Einigung verdeutlicht: Die Zeitenwende ist in der Agrar- und Waldpolitik noch nicht angekommen. Bei der Ausgestaltung der Pachtbedingungen muss daher dringend nachgeschärft werden.“

Dr. Eberhardt Kühne, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Agrarfragen (AfA), ergänzt: „Der Bund schwächt mit diesem Beschluss das Eigentum und den Rechtsstaat. Denn er muss seinen Privatisierungsverpflichtungen für Berechtigte nach dem Ausgleichsleistungsgesetz vollständig nachkommen, anstatt die Flächenkulisse durch politisch gewollte Maßnahmen zu verknappen. Die vorgesehenen 2.000 ha pro Jahr reichen bei weitem nicht für die Erfüllung der bestehenden Ansprüche aus. Denn die BVVG hat nach eigener Auskunft bereits jetzt nicht mehr genügend Flächen, um die Walderwerbsansprüche von Alteigentümern zu bedienen.“ Zudem gebe es keine Transparenz zu der Frage, welche Ansprüche künftig noch angemeldet würden.

Die Familienbetriebe Land und Forst sind ein freiwilliger Zusammenschluss von Eigentümern, die mit ihren Betrieben für gut 50.000 Unternehmer, Mitarbeiter und Familienmitglieder stehen. Unsere Mitgliedsbetriebe tragen Verantwortung für rund 5 Prozent der land- und forstwirtschaftlichen Fläche in Deutschland. Sie bewirtschaften ihre Flächen nachhaltig und denken in Generationen. Unser Ziel ist es, Mehrwert für unsere Gesellschaft zu schaffen und das Bewusstsein für die Anliegen von familiengeführten land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zu stärken. Der Verband setzt sich daher für den Schutz des privaten Eigentums und die Stärkung der Wirtschaftskraft im ländlichen Raum ein. Im ständigen Dialog mit Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit engagieren sich die Familienbetriebe Land und Forst für eine verantwortungsvolle und generationsgerechte Politik.

Die Arbeitsgemeinschaft für Agrarfragen (AfA) setzt sich seit Ihrer Gründung 1990 für die Belange der zwischen 1945 und 1949 enteigneten Inhaberfamilien land- und forstwirtschaftlicher Familienbetriebe in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ein.

#### **Pressekontakt:**

Juliane Ahrens, Leiterin Kommunikation, Familienbetriebe Land und Forst e.V.,  
Tel.: 030 -246 30 46 11, [ahrens@fablf.de](mailto:ahrens@fablf.de)